

Das „Straßburger System“ in Oesterreich.

In unserer Nachmittagsausgabe vom Samstag wurde an dieser Stelle unter der Ueberschrift „Nach Einkommen abgestufte Lebensmittelpreise“ das sogenannte „Straßburger System“ des Lebensmittelverkaues in Städten während der Kriegsteuerung besprochen und an Beispielen (Straßburg, Köln) erläutert. In der Ende der vorigen Woche beim Ministerpräsidenten abgehaltenen Besprechung zur Einleitung einer „Hilfsaktion für die mindestbemittelten Volksschichten“ schilderte der Bürgermeister von Linz, RAbg. Dr. Dinghofer, die Ergebnisse der beiläufigen Anwendung des „Straßburger Systems“ auf Linzer Verhältnisse seit Herbst 1916. Dr. Dinghofer erzählte: Die Stadtgemeinde bildete drei Ausschüsse, von denen der eine die Erfassung der minderbemittelten Einwohner, der zweite den Verkehr mit den Lebensmittelhändlern und der dritte die finanziellen Angelegenheiten zu erledigen hat; den Ausschüssen wurde ein Bureau angegliedert, durch genaue Fragebogen wurde mit Hilfe der Brotkommissionen die Hilfsbedürftigkeit der Einwohner ermittelt. Als hilfsbedürftig wurden jene Familien erachtet, bei denen nicht mehr als 800 Kronen Einkommen per Kopf und Jahr (500 Kronen per Person unter 16 Jahren) insgesamt aber nicht mehr als 5000 Kronen Familieneinkommen ermittelt werden. Bei einer Bevölkerung von 80.000 ergaben sich annähernd 20.000, das sind 25% Minderbemittelte. Die Minderbemittelten wurden in drei Gruppen geteilt. Der ersten werden gewisse notwendige Artikel allein vorzugsweise reserviert, so zum Beispiel der von der Gemeinde selbst aus rumänischer Gerste erzeugte Kaffee, Holz, Feigwaren (per Kilogramm 1 Krone 40 Heller) usw. Der zweiten Gruppe werden gewisse Lebensmittel durch Vermittlung des Bureaus von den Lebensmittelhändlern billiger abgegeben, zum Beispiel Brot per 1260 Gramm um 56 Heller, statt um 66 Heller. Der dritten Gruppe endlich wird zum Kauf bestimmter Lebensmittel ein Geldzuschuß gewährt, zum Beispiel bei Fett pro Kilogramm 1 Krone 60 Heller, ferner werden Eier zum Preise von 10 Heller pro Stück, Kriegswurst zu 13 Heller das Kilogramm (man vergleiche damit den 2-Kronen-, bzw. den 6.40-Kronenpreis der von der „Dezeg“ in Wien verkauften Kriegswurst!) abgegeben usw. Solche Kriegswürste werden aus den im städtischen Schlachthof für Zivil und Militär vorgenommenen Schlachtungen sich ergebenden Abfällen, wie Blut, Kopf, Füße, Schlepp, ohne weitere Regie durch waffenunfähig gewordene Militärpersonen erzeugt und in den Kriegsküchen seit langem gerne genossen.

Ob, was in kleineren Städten ohne weiters durchführbar ist, auch in Millionenstädten binnen kurzer Frist verwirklicht werden kann, dafür fehlen die Erfahrungen. Zunächst einmal ist nicht zu übersehen, daß für die Zweimillionenstadt Wien ein Familieneinkommen von 5000 Kronen ganz beträchtlich weniger bedeutet als in Linz, weil das Wohnen und Leben in Wien ganz erheblich teurer ist. Auch die Feststellung der Einkommensverhältnisse erfordert in Wien eine Riesenarbeit. Zu all dem kommt, daß die Einkommensverhältnisse in Wien ungleich ungünstiger liegen als in Linz. Den Millioneneinkünften der obersten Schichte und den auskömmlichen Einkommen der Wohlhabenden steht eine Millionenarmee mit derzeit ganz unzulänglichem Einkommen gegenüber, in welcher die Arbeiterschaft nur einen Bruchteil und unter den

gegenwärtigen Verhältnissen nicht einmal den bedauerenswertesten darstellt. Trotz alledem sollte die Einbürgerung des „Straßburger Systems“ auch in Wien, wenigstens für einzelne Lebensmittel, bei denen die Anwendung leichter ist, versucht werden. Die täglich sich wiederholende Erfahrung, daß in Wien, wer über genügend Geld verfügt, alles haben kann, wonach sein Herz begehrt, und den mindestbemittelten Massen auch das Wenige, was ihnen allenfalls noch erschwänglich wäre, vor der Nase wegführt und verteuert, erbittert mehr als notgedrungene Entbehrungen. Entsprechende Preisunterschiede je nach den Einkommensverhältnissen der Käufer würden sicherlich regulierend wirken. Warum sollte jemand, der ein Millioneneinkommen hat, für Mehl und Brot, für Milch und Butter, für Gemüse und Kartoffel, für eine Wurst und für ein Ei, für einen Apfel und für Marmelade, usw. nicht um sovielmal mehr zahlen müssen, als sein Einkommen das eines „kleinen Mannes“ übersteigt? Von hoher Stelle wurde kürzlich gesagt, daß wir „in einer belagerten Festung leben“. Wohl! denn, in belagerten Festungen werden die Lebensmittel auf alle in möglichst gleicher Weise aufgeteilt, und aus der Belagerungsgeschichte von Przemyśl wissen wir, daß es der Festungskommandant General Kusmanek nicht besser haben wollte, als der geringste seiner Soldaten. Warum sollten es in der belagerten Festung Oesterreich-Ungarn gerade die Kriegsverdiener und Kriegsschmarotzer, die Multimillionäre, die ganze feiste Lebewelt, besser haben als die Millionen der Schwaffenden, bloß weil sich jene auf das fragwürdige Privileg ihres Geldtades berufen können?